



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 09/18 • 01.03.2018



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

Am Mittwoch hat die EU-Kommission den ersten Entwurf des Austrittsabkommens zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich veröffentlicht, der die Ergebnisse der Verhandlungen im Dezember 2017 in konkrete Rechtsbestimmungen umsetzt.

Der Entwurf umfasst einleitende Bestimmungen, Regelungen zu Bürgerrechten und anderen Fragen, die im Zuge des Austritts zu klären sind, Finanzregelungen, Bestimmungen zu institutionellen Fragen, Übergangsregeln und ein Protokoll zur irisch-nordirischen Grenze. Gerade die Ausführungen zum Status von Nordirland führten bereits zu heftiger Kritik aus London. Nunmehr ist es am Vereinigten Königreich, mehr Klarheit zu schaffen, wie der Rahmen der künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ausgestaltet sein soll.

Der Text wird in einem nächsten Schritt der Lenkungsgruppe „Brexit“ des EU-Parlaments zur Erörterung übermittelt. Anschließend soll er dem Vereinigten Königreich vorgelegt werden. Die Staats- und Regierungschefs treffen sich am 22./23. März zum nächsten Europäischen Rat. Auf der Tagung werden voraussichtlich weitere Leitlinien verabschiedet.

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz  
Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT  
VERTEILUNG





# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäische Kommission – Elektrobusse für Deutschland	
• Eurobarometer – Europäer, Landwirtschaft und GAP	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>6</b>
• Luftverkehrsstrategie: Neue Regeln für den sicheren Betrieb von Drohnen	
• Nothilfefonds für Afrika: EU startet neue Programme für 150 Mio. Euro	
• Schülerzeitungen aus NRW und Berlin gewinnen Europa-Preis	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>9</b>
• Filmland Sachsen-Anhalt – Einladung zum 21. März 2018	
• Auf dem Weg zur Europawahl 2019 – Multiplikatorentreffen in Magdeburg	
• „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ – Seminar der EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>12</b>
• KOM - „Connecting Europe“ Telekommunikation	
• KOM – Ausschreibung für END / ANS	
• KOM / DG Umwelt – Deutsche Rechtsreferendare / -Innen gesucht	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>16</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>17</b>
• Tipp – „Tabula Rasa“ in ZDFneo	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>20</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>21</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäische Kommission – Elektrobusse für Deutschland

Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass deutsche Pläne zur Förderung des Erwerbs von Elektrobussen und Ladeinfrastruktur durch öffentliche Verkehrsbetriebe mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang stehen. Die Beihilferegelung trägt zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei, ohne den Wettbewerb übermäßig zu verzerren.

Mit dieser Beihilferegelung stellt Deutschland 70 Mio. Euro zur Unterstützung öffentlicher Verkehrsbetriebe bereit. Die Regelung gilt bis Ende 2021 und dient der Deckung der Mehrkosten für

- den Erwerb elektrisch betriebener bzw. aufladbarer Hybridbusse anstatt herkömmlicher Dieselmotoren und
- für den Aufbau der für den Betrieb dieser Busse erforderlichen Ladeinfrastruktur.

Die Kommission ist der Auffassung, dass die staatliche Förderregelung den Busunternehmen einen Anreiz bieten wird, mehr in diese Art von Fahrzeugen und die erforderliche Ladeinfrastruktur zu investieren. Die Maßnahme soll zu einem stärkeren Einsatz von Elektrobussen in Deutschland und dadurch, insbesondere in den Städten, sinkenden CO<sub>2</sub>- und Luftschadstoffemissionen beitragen. Darüber hinaus müssen die öffentlichen Verkehrsbetriebe sicherstellen, dass ihre Elektro- und Plug-in-Hybridbusse mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen betrieben werden.

Die Maßnahme steht auch im Einklang mit der [Europäischen Strategie für emissionsarme Mobilität](#). Sie unterstützt insbesondere den Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge in Ballungsgebieten und die Schaffung eines Marktes für solche Fahrzeuge. Energieeffizienz ist der Schlüssel für den Übergang zu sauberer Energie in Europa und für die Erfüllung der Zusage im Übereinkommen von Paris, die Emissionen in der EU bis 2030 um mindestens 40 Prozent zu senken, von entscheidender Bedeutung.

Auf der Grundlage dieser Erwägungen kam die Kommission zu dem Schluss, dass der Nutzen des Vorhabens im Hinblick auf EU-Umweltziele eindeutig größer ist als etwaige beihilfebedingte Wettbewerbsverfälschungen. Deshalb wurde die Beihilferegelung nach den EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen genehmigt. Die Mitgliedstaaten verfügen über viele Optionen für alternative Technologien zur Verringerung der Abgasemissionen, z. B. die Nachrüstung von Dieselmotoren.

Sobald alle Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz vertraulicher Daten geklärt sind, wird die nichtvertrauliche Fassung des Beschlusses über das [Beihilfenregister](#) auf der [Website der GD Wettbewerb](#) unter der Nummer SA.48190 zugänglich gemacht. Über neu im Internet und im Amtsblatt der EU veröffentlichte Beihilfebeschlüsse informiert der elektronische Anzeiger [State Aid Weekly e-News](#). • *eag Quelle: PM KOM*



## Eurobarometer – Europäer, Landwirtschaft und GAP

Eine [neue Eurobarometer-Umfrage zum Thema "Europäer, Landwirtschaft und GAP"](#) zeigt, dass die Landwirtschaft und der ländliche Raum für die überwiegende Mehrheit der EU-Bürger und der deutschen Bevölkerung von großer Bedeutung sind. 55 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass die Landwirtschaft in der EU für unsere Zukunft sehr wichtig ist. Als wichtigste Aufgaben von Landwirten bewerten die Deutschen die Bereitstellung sicherer und gesunder Lebensmittel von hoher Qualität. Dieses Eurobarometer bestätigt die Ergebnisse der öffentlichen [Konsultation](#) vom vergangenen Sommer zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik.



Bei der EU-weiten Befragung wurden Bedenken hinsichtlich der sozioökonomischen Bedingungen im ländlichen Raum geäußert und die Bedeutung einer fortgesetzten EU-Förderung für den ländlichen Raum hervorgehoben. Bei der Auswahl ihrer Lebensmittel achten die Europäer ganz klar auf Tradition, Know-how, Qualität und Nähe (über 70 Prozent). Es hat sich jedoch gezeigt, dass mehr getan werden kann, um Produkte mit einem der Logos für geografische Angaben zu bewerben, da die Verbraucher, wenn sie sich dessen bewusst sind, eher ein Produkt kaufen, das als solches gekennzeichnet ist. Die heutige Momentaufnahme der Ansichten der EU-Bürger über die Landwirtschaft spiegelt die Orientierung der Kommission für die zukünftige europäische Agrarpolitik wider: weitere Unterstützung der Landwirte, stärkere Betonung des Umweltschutzes und Innovationen, wie in dieser [Mitteilung für die Zukunft von Ernährung und Landwirtschaft](#) beschrieben. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Der vollständige Eurobarometer-Bericht: "Europäer, Landwirtschaft und GAP" [Link](#)

Die Ergebnisse der Konsultation von vergangenem Sommer [Link](#)

Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik [Link](#)



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Luftverkehrsstrategie: Neue Regeln für den sicheren Betrieb von Drohnen

Die Europäische Union hat am 22. Februar eine Reihe gemeinsamer Regeln für den sicheren Betrieb von Drohnen veröffentlicht, ein wichtiger Meilenstein im Rahmen der [Luftverkehrsstrategie der Kommission](#) für Europa. In der von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) veröffentlichten Stellungnahme wurden die Vorschriften so einfach wie möglich gehalten, wobei der Schwerpunkt auf das Risiko des Betriebs gelegt wurde. Gemeinsame europäische Vorschriften sollen den Binnenmarkt für Drohnen und Drohnendienste festigen und damit zur weltweiten Führungsrolle der EU in diesem boomenden Sektor beitragen.



Die EU beschreitet neue Wege durch die Kombination von Produkt- und Luftverkehrsvorschriften, die höchste Sicherheitsstandards gewährleisten und die Wettbewerbsfähigkeit der Luftfahrtindustrie der EU fördern. Nächste Schritte: Auf der Grundlage dieser technischen Stellungnahme wird die Europäische Kommission im Laufe des Jahres konkrete Regulierungsvorschläge verabschieden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Luftverkehrsstrategie der Kommission [Link](#)

Die Pressemitteilung der EASA [Link](#)

6

### Nothilfefonds für Afrika: EU startet neue Programme für 150 Mio. Euro

Um Migranten zu schützen und ihnen Möglichkeiten zur dauerhaften Wiedereingliederung zu bieten, hat die Europäische Union ihre laufenden Programme in Libyen – entlang der zentralen Mittelmeerroute – und in Äthiopien am 26. Februar weiter verstärkt. Im Rahmen des Nothilfe-Treuhandfonds zur Unterstützung der Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibungen in Afrika legte die EU drei neue Programme im Umfang von mehr als 150 Mio. Euro auf.

Mit einem Finanzierungsvolumen von 115 Mio. Euro dient das erste Programm zur Unterstützung in Libyen festsitzender Migranten. Das Programm wird gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) durchgeführt. Sie ergänzt eine bereits laufende und mit 162 Mio. Euro ausgestattete Maßnahme. Ziel dieses neuen Regionalprogramms ist es, zusätzliche 3.800 Flüchtlinge zu schützen und zu evakuieren und 15.000 in Libyen gestrandete Migranten zu schützen und ihnen bei der freiwilligen humanitären Rückkehr sowie bei der Wiedereingliederung in ihren Herkunftsländern zu helfen. Es sieht darüber hinaus Unterstützung bei der Neuansiedlung von mehr als 14.000 Flüchtlingen vor, die sich derzeit in West- und Zentralafrika aufhalten. Dadurch wird vermieden, dass Menschen, die Anspruch auf internationalen Schutz haben, den gefährlichen Weg durch Libyen nehmen müssen.



Bislang hat die EU die Verteilung von Decken, Kleidung und Hygieneartikeln an mehr als 25.000 Migranten finanziert, medizinische Fürsorge für mehr als 8.000 Migranten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Auffangzentren bereitgestellt und über 3.000 libysche Familien unterstützt. Mit Unterstützung der EU hat die IOM im Jahr 2017 mehr als 19.000 in Libyen festsitzenden Migranten bei der freiwilligen Rückkehr in ihre Herkunftsländer geholfen.

Eine weitere, mit 20 Mio. Euro ausgestattete Maßnahme dient der Verbesserung der Hilfe für schutzbedürftige Migranten, insbesondere junge Menschen und Frauen, in Transitländern in der Sahelzone und im Tschadseebecken. Sie wird dazu beitragen, den Zugang zu sozialen Diensten wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Sicherheit, Wohnraum, Personenstand, Rechtsberatung oder psychosozialer Betreuung zu verbessern.

Mit der dritten Initiative wird die Unterstützung der EU für die nachhaltige Wiedereingliederung äthiopischer Staatsbürger ausgebaut. Zweck dieser mit 15 Mio. Euro ausgestatteten Maßnahme ist es, neben sozialer und psychosozialer Unterstützung für Einzelpersonen und Gemeinden auch wirtschaftliche Unterstützung wie kaufmännische Ausbildung und Zugang zu Mikrokrediten zu leisten. Darüber hinaus sind Schulungen für das Personal regionaler und kommunaler Organisationen vorgesehen, die an der Wiedereingliederung beteiligt sind. Ziel dabei ist es, die Rückkehrer wirksamer zu unterstützen und ihre Rechte zu stärken. Diese Initiative ergänzt die bisherigen Arbeiten im Rahmen der [Fazilität für nachhaltige und dauerhafte Rückkehr und Wiedereingliederung](#).

Der [Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika](#) wurde 2015 eingerichtet, um die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu bekämpfen. Er dient der Unterstützung der Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibungen in Afrika wurde von der Europäischen Kommission im November 2015 auf dem Migrationsgipfel in Valletta ins Leben gerufen. Für den Fonds werden aus dem EU-Haushalt und dem Europäischen Entwicklungsfonds mehr als 2,4 Mrd. Euro bereitgestellt, die mit Beiträgen der EU-Mitgliedstaaten und anderer Geber kombiniert werden. Der Fonds soll die Migrationssteuerung verbessern und die Ursachen von Destabilisierung, Zwangsvertreibung und irregulärer Migration zu bekämpfen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Verabschiedung neuer Programme zum Schutz von Migranten und zur Förderung der Rückkehr und der Wiedereingliederung in Afrika [Link](#)  
Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika [Link](#)

## Schülerzeitungen aus NRW und Berlin gewinnen Europa-Preis

Die Vertretung der Europäischen Kommission hat am 23. Februar die Gewinner ihres diesjährigen Schülerzeitungspreises „Europa“ bekannt gegeben. Der Preis geht an das LindenBlatt aus Berlin und die digitale Schülerzeitung standpunkt aus Mönchengladbach in Nordrhein-Westfalen.

LindenBlatt der Lindenhof-Grundschule Berlin hat seine gesamte Ausgabe dem Thema „Europa“ gewidmet. Die jungen Redakteure erzählen die Geschichte der Europa, stellen ihren Lesern mehrere europäische Länder vor und informieren sie über den Euro als europäische Währung. Die Fakten runden sie mit einem selbst gemalten Europa-Flaggenquiz und einem kniffligen Rätsel zu Ländern aus Europa ab. Sehr bewegend ist ihr Interview mit zwei syrischen Mitschülern. Mit einer Vielfalt an Formaten ist es der Schülerzeitung gelungen, das Thema Europa für ihre junge Leserschaft ausgewogen und verständlich darzustellen.



Das Lindenblatt teilt sich den Preis mit dem „standpunkt“ der Gesamtschule Hardt in Mönchengladbach.

Der [standpunkt](#) ist eine professionell gestaltete online-schülerzeitung, die zudem auf [Instagram](#), [Twitter](#) und [Facebook](#) dafür sorgt, dass die Beiträge die Zielgruppe über die Webseite hinaus erreichen und diskutiert werden können. In verschiedenen Rubriken schreiben die jungen Medienmacher professionell und ausgewogen über aktuelle Themen und Projekte; viele davon widmen sich Europa. In ihrem Beitrag „EU-Programm statt EU flat“ führen sie ein Interview mit einem Landtagsabgeordneten über politisches Engagement und die Bedeutung für die Zukunft Europas und stellen die Initiative Pulse of Europe ausführlich vor. Mehrere Beiträge thematisieren Projekte in Polen, wo Schüler der Gesamtschule Hardt beispielsweise in einem trinationalen Team dem Thema „Flüchtlinge und Integration in Polen“ auf den Grund gehen. Mit Text, Fotos und bewegenden Videos nehmen sie ihre Leser mit auf eine Reise in die Vergangenheit, die zeigt, wie wichtig es ist, sich für Frieden und Völkerverständigung einzusetzen. Weitere Artikel widmen sich der Türkei, Austauschprojekten und dem Schülerfoto- und Kurzfilmwettbewerb „EuroVisions 2017“, bei dem sie mit ihrer Kampagne „Europa ist für uns Sterne wert“ den zweiten Platz belegen.

Mit diesem Schülerzeitungspreis „Europa“, der dieses Jahr zum neunten Mal vergeben wird, würdigt die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland Schülerzeitungen, die sich mit Europa im Alltag ihrer jugendlichen Leser beschäftigen. Die beiden Schülerzeitungen erhalten je 500 Euro und werden im Juni nach Berlin zur Preisverleihung und zu einem EU-Workshop eingeladen.

Beide Schülerzeitungen gehören als Gewinner des Sonderpreises damit zu den besten Schülerzeitungen Deutschlands, die am Wochenende aus insgesamt 1.900 Einsendungen für insgesamt über 30 Preise in mehreren Schulkategorien und Sonderkategorien ausgewählt wurden. Die Fachjury bestand aus Vertretern der Jugendpresse, der Schulbehörden, hauptberuflichen Journalisten und politischen Institutionen. Die Jugendpresse Deutschland veranstaltet den Schülerzeitungswettbewerb der Länder zum vierzehnten Mal zusammen mit den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Gewinner des größten Schülerzeitungswettbewerbs in Deutschland stehen fest [Link](#)





# Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

## Filmland Sachsen-Anhalt – Einladung zum 21. März 2018



Der Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, Rainer Robra, lädt herzlich am **21. März 2018** zu zwei Filmvorführungen in die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel ein. Der Nachmittag beginnt mit dem neu verfilmten Kinderbuchklassiker **„Timm Thaler oder das verkaufte Lachen“**. Anschließend präsentieren wir Ihnen die Actionkomödie **„Kundschafter des Friedens“**. Zu beiden Filmen fanden Dreharbeiten auch in Sachsen-Anhalt statt.

### Programm

- 16:15 Uhr** Begrüßung  
Burkhard Fieber, Abteilungsleiter für Internationale Zusammenarbeit, EU-Angelegenheiten und Medienpolitik der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt
- 16:30 Uhr** Kinderfilm „Timm Thaler oder das verkaufte Lachen“ (deutsch)  
FSK 0; JMK 6  
mit anschließender Raterunde mit der Produzentin Constanze Guttman
- 18:30 Uhr** Empfang  
Kleiner Imbiss mit der Gelegenheit für Fragen an die Vertreter der Produktionen
- 19:30 Uhr** Begrüßung  
Burkhard Fieber, Abteilungsleiter für Internationale Zusammenarbeit, EU-Angelegenheiten und Medienpolitik der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt
- 19:35 Uhr** Einführung  
Robert Thalheim, Regisseur
- 19:45 Uhr** „Kundschafter des Friedens“ (deutsch)

### Ort

Zentrum der Regionen  
Boulevard Saint Michel 80  
B-1040 Brüssel

Anmeldungen sind bis zum **16.03.2018** unter der E-Mail-Adresse: [sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de) (Direktlink in der Anlage) oder unter der Telefonnummer **+32 (0) 2 741.09.31** möglich. Bitte geben Sie an, für welchen Film Sie sich anmelden. Plätze stehen nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung. Frühe Anmeldungen werden vorrangig berücksichtigt.

Eine Kurzdarstellung der Filme können Sie dem Anhang entnehmen.

Mit der Teilnahme an der Veranstaltung erklären Sie sich einverstanden, dass alle dort von ihrer Person entstehenden Bildaufnahmen zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung räumlich, zeitlich und inhaltlich uneingeschränkt genutzt werden können.



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der Europäischen Union



## AUF DEM WEG ZUR EUROPAWAHL 2019

### Einladung zu einem Treffen zwischen Europa-Multiplikatoren in Sachsen-Anhalt und dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland

6. März 2018, 15:00-16:30 Uhr



Im Rahmen der institutionellen Wahlkampagne des Europäischen Parlaments organisiert das Verbindungsbüro in Deutschland in allen 16 Bundesländern bis Ostern 2019 eine Reihe von Veranstaltungen. Ziel ist es, auf die Europawahl 2019 aufmerksam zu machen, in den Dialog mit unterschiedlichen Akteuren zu treten und ein Netzwerk von Multiplikatoren aufzubauen, das gemeinsam Bürgerinnen und Bürger in Deutschland dazu aufruft,

zur Europawahl zu gehen.

Konkret werden in acht Bundesländern Jugendforen in den Landtagen stattfinden und in acht weiteren Bundesländern Bürgerforen unter dem Motto „Mitreden über Europa“ organisiert, mit der Teilnahme von den regional zuständigen Europaabgeordneten. Dazu gibt es in jedem Bundesland ein Seminar für Europa-Multiplikatoren der Region, um diesen die Kampagne des Europäischen Parlaments vorzustellen und sie als Unterstützerinnen und Unterstützer für die Europawahl zu gewinnen. Als drittes Modul wird es in allen Bundesländern ein Seminar für Journalistinnen und Journalisten geben.

Vor diesem Hintergrund lade ich Sie herzlich ein, an dem Multiplikatoren-Treffen in Sachsen-Anhalt teilzunehmen, das wir mit der freundlichen Unterstützung des Europe-Direct-Informationszentrum Sachsen-Anhalt in Magdeburg veranstalten.

Für Rückfragen steht Ihnen meine Mitarbeiterin Laila Wold ([laila.wold@ep.europa.eu](mailto:laila.wold@ep.europa.eu), Tel. 030 2280 1060) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen.

Frank PIPLAT

Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland



Die Einladung erfolgte über das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Magdeburg

Veranstaltungsort: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt | Leiterstraße 2 | 39104 Magdeburg



## „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ – Seminar der EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt

Auch in diesem Jahr informiert die EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt in einem kompakten Seminar über die Förderziele und -möglichkeiten des Förderprogramms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB). Die Veranstaltung findet am 27. April 2017 in Magdeburg in der Investitionsbank statt.



**EU Service-Agentur**  
Sachsen-Anhalt

Europaweit wie auch aus deutscher Sicht sind für das Programm EfBB in den letzten Jahren weniger Anträge eingegangen. Möglicherweise haben sich viele potentielle Antragsteller durch die bisher eher schlechten Erfolgsaussichten abschrecken lassen. Aus inhaltlicher Sicht ist das Programm jedoch ein sehr Wichtiges – ist es doch eines der wenigen EU-Förderprogramme, das „ganz unten“ bei den Menschen vor Ort ansetzt. Durch Austausch der Bürgerinnen und Bürger, also der untersten, doch tragenden Ebene der Demokratie, soll das Programm zu einem solidarischeren, demokratischeren und friedlicheren Europa beitragen.

Nutzen Sie jetzt die Chance, eine Förderung für Begegnungen mit Ihren Städtepartnern zu beantragen. Aufgrund der gesunkenen Antragszahlen bei gleichbleibendem Budget waren die Erfolgsquoten im letzten Jahr gut!



**Europa für Bürgerinnen und Bürger**

Das Seminar richtet sich vor allem an Projektverantwortliche aus Kommunen, Partnerschaftsvereinen und anderen Organisationen, die einen Antrag zur Frist am 3. September 2018 einreichen möchten. Bitte beachten Sie, dass dies die relevante Antragsfrist für die für das Jahr 2019 geplanten Aktivitäten ist.

Weitere Informationen, das Programm und das Anmeldeformular finden Sie unter [www.eu-serviceagentur.de](http://www.eu-serviceagentur.de) im Bereich „Veranstaltungen“. Anmeldungen werden bis zum 19. April entgegen genommen. Da wir das vertrauensvolle Arbeiten in einer Kleingruppe ermöglichen wollen, ist die Teilnehmerzahl auf 20 Teilnehmer(innen) begrenzt. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt.

- *Gastartikel*



# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

<b>Gegenstand:</b>	<p>EUROPÄISCHE KOMMISSION</p> <p>Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Zuge des Arbeitsprogramms für Finanzhilfen im Bereich der transeuropäischen Telekommunikationsnetze im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ für den Zeitraum 2014–2020 (Durchführungsbeschluss C(2018)568 der Kommission)</p> <p>Für die folgenden drei Bereiche der Aufforderung werden Vorschläge erbeten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• CEF-TC-2018-1: Elektronische Identifizierung (eID) und elektronische Signatur</li> <li>• CEF-TC-2018-1: Europeana</li> <li>• CEF-TC-2018-1: Sicheres Internet</li> </ul>
<b>Fundstelle: Abl.</b>	<p>C 67 vom 22. Februar 2018</p> <p><a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:067:FULL&amp;from=DE">http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:067:FULL&amp;from=DE</a></p>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>15. Mai 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	<p>Die jeweiligen Aufforderungsunterlagen können vom CEF-Telekommunikationsportal abgerufen werden:</p> <p><a href="https://ec.europa.eu/inea/en/connecting-europe-facility/cef-telecom/apply-funding/2018-cef-telecom-calls-proposals">https://ec.europa.eu/inea/en/connecting-europe-facility/cef-telecom/apply-funding/2018-cef-telecom-calls-proposals</a></p>

12

## **Gegenstand:** Europäische Kommission – **Stellenausschreibungen für nationale Sachverständige END**

Die Kommission sucht 31 nationale Sachverständige für Abordnungen in ihren nachstehend aufgeführten Generaldirektionen.

<b>Nr.</b>	<b>GD</b>	<b>Anmerkungen</b>	<b>Einsendefrist Bewerbungen</b>
01	AGRI-B-2		25/04/2018
02	COMP-G-5		25/04/2018
03	ECFIN-B-1		25/04/2018
04	ECFIN-G-1	verkürzte Frist	26/03/2018
05	ECHO-A-1	verkürzte Frist	26/03/2018
06	ECHO-A-4	verkürzte Frist	26/03/2018
07	ENER-D-1	verkürzte Frist	26/03/2018
08	ENV-B-1		25/04/2018
09	ENV-C-4		25/04/2018
10	ENV-F-3	unentgeltlich	25/04/2018
11	ESTAT-B-1		25/04/2018



12	ESTAT-F-4	verkürzte Frist	26/03/2018
13	ESTAT-G-1	verkürzte Frist	26/03/2018
14	FISMA-B-1		25/04/2018
15	FISMA-B-3		26/03/2018
16	FISMA-D-4		26/03/2018
17	FPI-5		25/04/2018
18	DGT-HR-C-1		25/04/2018
19	OLAF-B-2		25/04/2018
20	RTD-H-2		25/04/2018
21	SANTE-B-4_A	unentgeltlich	26/03/2018
22	SANTE-B-4_B		26/03/2018
23	SANTE-C-1		26/03/2018
24	SANTE-E-2		26/03/2018
25	TAXUD-A-2_A		25/04/2018
26	TAXUD-A-2_B		25/04/2018
27	TRADE-F-1		26/03/2018
28	FISMA-C-3		26/03/2018
29	JUST-A-1		25/04/2018
30	RTD-B-2		25/04/2018
31	COMP-H-3		25/04/2018

**Fundstelle:** Rundschreiben der Ständigen Vertretung vom Länderbeobachter

Alle aktuellen Vakanzen für Nationale Sachverständige finden Sie auch auf der Website der Ständigen Vertretung bei der EU in Brüssel:

[https://bruessel-eu.diplo.de/eu-de/service/abgeordnete-nationale-](https://bruessel-eu.diplo.de/eu-de/service/abgeordnete-nationale-sachverstaendige/1497246)

[sachverstaendige/1497246](https://bruessel-eu.diplo.de/eu-de/service/abgeordnete-nationale-sachverstaendige/1497246) . Diese Stellen werden daher nicht im Internationalen Stellenpool aufgenommen.

**Bewerbungsfrist:** siehe Tabelle

Die Bewerbungsunterlagen müssen zur Prüfung bei der Ständigen Vertretung (StäV) in Brüssel 3 Tage vor der in der Ausschreibung genannten Frist unter der Emailadresse: [pol-eu2-30-eu@brue.diplo.de](mailto:pol-eu2-30-eu@brue.diplo.de) eingehen.

Für nach genannter Frist eingehende Bewerbungen kann die StäV die fristgerechte Weiterleitung nicht garantieren. Bewerber/innen laufen u.U. dann Gefahr, dass Ihre Bewerbung nicht mehr berücksichtigt werden kann.

Die Bewerbungsunterlagen müssen unbedingt per E-Mail versandt werden, zunächst durch den Kandidaten oder die entsendende Behörde an die genannte E-Mail-Adresse in der StäV. Von hier werden die Bewerbungsunterlagen nach Prüfung per E-Mail an die Generaldirektion Humanressourcen (GD HR) bzw. die ausschreibende EU-Dienststelle weitergeleitet.

Jeder Bewerbungseingang wird von der StäV per E-Mail bestätigt. Sollten Sie keine Bestätigung erhalten, erkundigen Sie sich bitte noch einmal.

**Auskunft erteilt:** Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU

Frau Plagenz,

Tel.: ++32-2-787.10.39

E-Mail: [anja.plagenz@diplo.de](mailto:anja.plagenz@diplo.de) / [pol-eu2-30-eu@brue.diplo.de](mailto:pol-eu2-30-eu@brue.diplo.de)



### **Bewerbungsunterlagen:**

Die GD HR/ausschreibende EU-Dienststelle benötigt den Lebenslauf im [Europass-Format](#) sowie ein Motivationsschreiben. Die Bewerbungsunterlagen können grundsätzlich in den drei EU-Arbeitssprachen (Deutsch, Englisch und Französisch) eingereicht werden. Bitte nennen Sie im Betreff Ihrer E-Mail die folgenden Informationen:

- Ausschreibende EU-Dienststelle
- Bewerbungsfrist
- Name(n), Vorname(n) des Bewerbers/der Bewerberin
- entsendende Behörde/Referat

### **Zusage der Kostenübernahme:**

Für die Weiterleitung der Bewerbungsunterlagen an die GD HR/ausschreibende EU-Dienststelle benötigt die StäV unbedingt die Zusage des Dienstherren über die Fortzahlung der Bezüge/des Gehalts. Die entsendende Behörde kann entweder bei Weiterleitung der Bewerbungsunterlagen an die StäV diese Zusage formlos in der E-Mail angeben oder in einem Schreiben die Fortzahlung der Bezüge/ des Gehalts für die/den Bewerber/-in bestätigen.

Bekommt die GD HR/ ausschreibende EU-Dienststelle eine Bewerbung von einer Ständigen Vertretung eines Mitgliedstaates zugeleitet, wird davon ausgegangen, dass die entsendende Behörde die Fortzahlung der bisherigen Bezüge zugesagt hat. Die Prüfung dieser Voraussetzung obliegt der StäV. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, kann die StäV die Bewerbung daher nicht weiterleiten.

### **Weitere Unterlagen:**

Erst bei erfolgreicher Bewerbung werden den Bewerber/innen seitens der GD HR Formulare zur verwaltungstechnischen Vorbereitung der END-Entsendung (Secondment request forms) mit der Bitte um Rücksendung zugehen.

### **Drei Tipps für Ihre Bewerbung:**

- Informieren Sie sich am besten bereits im Vorfeld der Erstellung Ihrer Bewerbungsunterlagen über die EU-Behörde/Dienststelle, von der die END-Position ausgeschrieben wird. Hilfreich hierbei ist auch ein Blick in das amtliche Verzeichnis der Europäischen Union. [Hier](#) finden Sie in einer hierarchische Navigation zur organisationalen Struktur der EU-Organe:
- Prüfen sie die Stellenbeschreibungen genau und passen Sie Ihr Motivationsschreiben dem Anforderungsprofil der END-Stelle an. Hinweise zur Erstellung eines Motivationsschreibens sowie Formulierungsvorschläge finden Sie auf der [Webseite](#) des Auswärtigen Amts. Dort können Sie auch Musterbeispiele herunterladen.
- Gestalten Sie Ihren Lebenslauf so aussagekräftig wie möglich. Stellen Sie speziell für die angestrebte END-Stelle Fähigkeiten und Erfahrungen heraus, die Sie mitbringen. Durch das [Europass-Format](#) ist es möglich, zu jeder beruflichen Station ihres Werdegangs auch genauer über die dabei erlernten Fähigkeiten zu berichten.



## Ausbildungsplätze für Rechtsreferendare in der Europäischen Kommission - hier GD Umwelt –

„Die Abteilung "Durchsetzung des Umweltrechts" (v.a. Luftqualität, Umweltverträglichkeitsprüfung, Natura 2000, Wasser und Abfall) in der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission bietet qualifizierten deutschen Referendar(inn)en die Möglichkeit, ihre Wahl- bzw. Verwaltungsstation in der Europäischen Kommission abzuleisten.



Wir überwachen die zeitige und korrekte Umsetzung der EU-Gesetzgebung im Umweltbereich, bearbeiten Beschwerden, diskutieren mit den zuständigen Behörden über die korrekte Umsetzung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts, führen Vertragsverletzungsverfahren gegen säumige Mitgliedstaaten und unterstützen den Juristischen Dienst der Kommission in Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union.

Darüber hinaus sind wir für die Integration der Umweltpolitik in andere Politikbereiche und andere Instrumente wie beispielsweise Strukturfonds, Connecting Europe Facility und das Europäische Semester, und neuerdings auch für den Environmental Implementation Review, zuständig. Ein weiterer wichtiger Arbeitsstrang betrifft die Umsetzung der Aarhus Konvention mit ihren drei Säulen (Zugang zu Umweltinformationen, Bürgerbeteiligung bei Entscheidungsverfahren sowie Zugang zu Gerichten im Umweltbereich).

Die Tätigkeit verlangt gute Kenntnisse des deutschen Verwaltungs- sowie des Europarechts. Kenntnisse im Umweltrecht oder gegebenenfalls auch naturwissenschaftliche Fachkenntnis wären ein Plus. Die sichere Beherrschung der englischen und/oder französischen Sprache wird neben der deutschen Sprache vorausgesetzt. Auch ein Einsatz bei der Bearbeitung von Fällen anderer Mitgliedstaaten ist möglich, sofern dies gewünscht wird und entsprechende Rechts- und Sprachkenntnisse vorliegen. Teamfähigkeit, Flexibilität und Sinn für Humor sollten mitgebracht werden. Die Referendar(inn)e(n) werden vollständig in die Arbeit der Abteilung integriert. Sie nehmen an unseren Besprechungen teil, fertigen Dokumente an und begleiten uns bei Verhandlungen mit anderen Dienststellen der Kommission, Mitgliedstaaten und NGOs. Der Mindestaufenthalt beträgt drei Monate.

Bei Interesse schicken Sie bitte Ihren tabellarischen Lebenslauf, ein Motivationsschreiben sowie eine Kopie Ihres Examenszeugnisses (an: [martina.doppelhammer@ec.europa.eu](mailto:martina.doppelhammer@ec.europa.eu) ). Bitte geben Sie auch an, ob eventuelle Interessenkonflikte bestehen (z.B. naher Angehöriger arbeitet in einem Sektor, den wir betreuen)“.


• *eag Quelle: Rundmail AA vom 22. Februar 2018*



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
EWRC Regional Partnership Proposal  Poland	Karolina Dutkiewicz- García  EU Senior Advisor „Business - University - Region“ Pro Silesia Association Brussels Office Rue de la Science 41 1040 Brussels, Belgium +32 492 076 312 <a href="mailto:kdutkiewiczgarcia@prosilesia.pl">kdutkiewiczgarcia@prosilesia.pl</a> <a href="http://www.prosilesia.pl">www.prosilesia.pl</a>  	<p>Dear Regional Representatives,</p> <p>“Pro Silesia” is an initiative of the authorities of the Silesia Region that aims to expand the areas of cooperation between different sectors. It brings together entities representing business and its environment as well as regional and local governments and higher education institutions. Our main goal is to create an efficient intersectoral partnership, to develop the international activity of the associated entities and to support the sustainable development of our Region.</p> <p>Therefore, we would be interested in building a regional consortium that could present the best practices in field of <u>intersectorial partnerships and their impact on the territorial development of the region.</u></p> <p>If the proposed topic would be of you regional intrest, please contact me untill the 2nd of March.</p> <p>If you are already in a consortuim that works on that topic – please let us know.</p>





# Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

## Tipp – „Tabula Rasa“ in ZDFneo



Wenn deutsche und belgische TV-Sender sich zusammentun, dann entsteht etwas Großartiges!

„Tabula Rasa“ ist eine deutsch-belgische Psychodrama-Serie über neun Folgen, bei der es sich um eine Koproduktion der belgischen Firma *Caviar Content* und dem belgischen Sender VRT zusammen mit ZDFneo und ZDF Enterprises handelt.

Hauptdarstellerin Veerle Baetens, die ZDFneo-Zuschauern aus „Code 37“ bekannt ist, spielt darin Annemie „Mie“ D’Haeze, die seit einem Autounfall an einer besonderen Art von Amnesie leidet. Sie kann sich an alles vor dem Unfall erinnern, aber was sie seitdem erlebt, erreicht selten ihr Langzeitgedächtnis. Besonders unter Stress verlässt Mie ihre

Erinnerung, doch sie muss sich erinnern, denn sie war die letzte Person, die einen kürzlich verschwundenen Mann gesehen hat.

Die deutsch-belgische Koproduktion läuft derzeit Mittwochabends bei ZDFneo.

• *eag Quelle: Nachbar Belgien Dezember 2017*

## GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.





Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Auch in der vergangenen Woche wurde wieder hart um die Bedingungen des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union verhandelt. Besonders die Frage, wie die Milliarden an Beitragsgeldern, die aus der britischen Kasse an die EU flossen, ausgeglichen werden sollen, bereitet den Verhandelnden große Mühen. Bei der Tragweite der großen Probleme wie Haushalt, Migration und Binnenmarkt fliegen vermeintlich unbedeutendere Themen gerne mal unter dem Radar. Deswegen stellen wir in dieser Woche die Frage: Was bedeutet der Brexit für Studierende aus der EU?

- 1.) Die Bewerbungen von jungen EU-Bürgern für das Semester 2017/18 erlebte nach Jahren des Anstiegs einen signifikanten Abfall. Um wie viel Prozent fielen die Bewerberzahlen ab?
  - a. 2%
  - b. 7%
  - c. 11%
  
- 2.) Großbritannien ist Teil des Programmes „Erasmus+“ und zieht daher viele Studierende aus dem europäischen Ausland an. Der nahende Austritt weckt bei vielen die Sorge, dass das Studium im Vereinigten Königreich bald in weite Ferne rückt. Wie lange ist die Teilnahme Großbritanniens am „Erasmus+“-Programm noch gesichert?
  - a. Es gilt bis 2020.
  - b. Es ist bereits außer Kraft gesetzt worden.
  - c. Es endet, sobald der Austritt rechtskräftig ist.
  
- 3.) Für viele junge Menschen ist ein Studium in Großbritannien noch immer eine denkbare Option - trotz aller Unsicherheiten, die der Brexit vielleicht birgt. Welche britischen Universitäten haben den höchsten Anteil an internationalen Studierenden?
  - a. University of Buckingham & Cardiff Metropolitan University
  - b. Imperial College London & University College Birmingham
  - c. Royal College of Music & Coventry University



Antworten:

- zu 1.) Antwort b ist korrekt. Nach dem Bewerbungsschluss für britische Universitäten in der Jahresmitte 2017 stellten die Hochschulen ein Minus von fünf Prozent in den Bewerberzahlen aus dem europäischen Ausland fest. Vor kurzem meldete die britische Tageszeitung *The Guardian* jedoch, dass es Anfang 2018 wieder zu einem Anstieg der Bewerbungen für britische Unis gekommen sei. Dies könnte eine Art letzter Ansturm sein, bevor das Studium an britischen Unis durch möglicherweise schrumpfende finanzielle Hilfen und restriktivere Visa-Politik erschwert wird.
- Zu 2.) Richtig ist Antwort a. Das Vereinigte Königreich bleibt bis zum Ende der laufenden EU-Haushaltsperiode Teil des Erasmus-Förderprogrammes. Zudem versicherte die britische Regierung, dass auch Bewerbungen, die erst nach dem Austritt angenommen werden, gültig sein werden. Dies gelte auch für den Fall, dass zwischen Großbritannien und der EU kein „deal“ erreicht werde. Informationen über Erasmus+ und andere Möglichkeiten der Mobilität findet man bei Anlaufstellen wie etwa *GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum*.
- Zu 3.) Wieder ist Antwort a korrekt. Die University of Buckingham hat mit 41% den höchsten Anteil aller britischen Unis an internationalen *undergraduate students*, also Studenten im Erststudium. Die Cardiff Metropolitan University hingegen hat mit 64% den größten Anteil an internationalen *postgraduate students*, also Studierende mit einem abgeschlossenen Bachelor-Studium oder Master-Studenten. Den insgesamt größten Anteil an internationalen Studenten hat mit 33,7% jedoch die University of the Arts London. Informationen für das Studium in Großbritannien findet man beim UKCISA (UK Council for International Student Affairs).



# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

## Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Valentin Heller (VH)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Asli-Feyza Kursun (AFK)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Simon Wessels (SW)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

